72. Jahrgang. N. 85 — Sonntag, 19. Februar 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 29. Februar 1928 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Vollbezugspreis für Monat Februar 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 35 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Konditorei Schmorl
Wilsdruffer Straße 20 / Amalienstr. 8–10
Schmorls Butter-Pfannkuchen!

Koffer
Enterlein
Waisenhausstr. 23

Rönisch
Flügel
Pianos
Teilzahlung
Waisenhausstraße 24
Rönischsaal

Hindenburg greift wieder ein.

Die Bemühungen um das Notprogramm. — Bedingte Mitarbeit der Demokraten.

Eine Kundgebung der Reichsregierung.

Berlin, 18. Februar. Das Reichskabinett ist heute mittag 12 Uhr zu entscheidenden Beratungen zusammengetreten. Um 1 Uhr hielten die Beratungen noch an. Wie die T. U. erfährt, nahm an den Kabinettsverhandlungen auch Staatssekretär Meißner teil. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Staatssekretär Meißner im Auftrage des Reichspräsidenten dem Kabinett bedeutet hat, daß der Reichspräsident entscheidenden Wert auf die parlamentarische Beratung der in dem Notprogramm vorgesehenen Vorlage legt, so daß die Neuwahlen dann im Mai stattfinden könnten.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit der Erledigung des Notprogramms erläßt die Reichsregierung in den frühen Nachmittagsstunden folgende Kundgebung:

Die Reichsregierung hat den Parteien für die Verhandlungen des Reichstages bis zum Ablauf des Etatsjahres ein Notprogramm vorgelegt. Sie legt auf seine restlose Durchführung zur Wirksammachung der vorgeschlagenen Maßnahmen entscheidendes Gewicht. Sie wird nach Erledigung des Programms — selbstverständlich auch für den Fall seines Scheiterns — die Auflösung des Reichstages vom Herrn Reichspräsidenten erbitten. Die Reichsregierung wird ihrerseits alle Vorkehrungen treffen, um Neuwahlen spätestens in der zweiten Hälfte des Mai zu ermöglichen.

Sollte wider Erwarten zur Durchführung von Restpunkten des Programms der Reichstag über das Ende des Etatsjahres hinaus beraten müssen, so fordert die Reichsregierung, daß hierfür im Reichstage die geschäftsmäßigen Voraussetzungen geschaffen, die Verhandlungen aber so geführt werden, daß der von ihr in Aussicht genommene späteste Wahltermin eingehalten werden kann.

Der Herr Reichspräsident hat der Reichsregierung kundgetan, daß er aus vaterländischem Interesse mit ihr der restlosen Durchführung des Notprogramms ausschlaggebende Bedeutung beimißt, und daß er nun, dem Vorhaben der Reichsregierung entsprechend, den Auflösungstermin in Aussicht nehmen wird.

Immer noch alles im Fluß.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 18. Febr. Im Reichstag herrschte am Sonnabendvormittag und -mittag das gleiche Bild wie gestern: Eilige Parlamentarier — Politiker in Gruppen zusammenstehend —, die Pressevertreter fortgesetzt auf neuen Informationsfährten. Kaum hat man sich ein Bild der Lage gemacht, da wirft eine neue Kombination alles wieder über den Haufen. Die Fraktionen tagen seit 10 Uhr ohne Unterbrechung. Immer dieselbe Frage steht im Mittelpunkt der Diskussion:

Gelingt eine Einigung über das Notprogramm und seine ordnungsmäßige Durchführung?

Die Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion waren nur von kurzer Dauer. Wie wir hören, verzichtet die Fraktion auf eine endgültige Stellungnahme, bis das formulierte Arbeitsprogramm der bisherigen Koalitionsparteien vorliegt. Die Führer der sozialdemokratischen Fraktion erwarteten, daß sie noch im Laufe des Vormittags von Mitgliedern des Reichskabinetts um eine Besprechung ersucht würden. In diesem Falle wollten sie zum Ausdruck bringen, daß die Fraktion eine Formulierung der in dem Arbeitsprogramm enthaltenen Vorlagen und eine Bindung der in der Regierung vertretenen Parteien an dieses Programm verlangt, ehe sie sich selbst zu diesem Programm erklären. Bis zur Mittagsstunde und darüber hinaus war jedoch eine solche Besprechung noch nicht erfolgt.

Die demokratische Reichstagsfraktion

trat am Sonnabendvormittag zusammen, um zu den Vorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen. Die Fraktion faßte, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, folgenden Beschluß: **Die demokratische Reichstagsfraktion ist bereit, trotz des Zusammenbruchs der Regierungskoalition ohne Veränderung der Zusammensetzung des Kabinetts an der Verabschiedung des Haushaltes mitzuwirken unter der Maßgabe, daß die Neuwahlen spätestens im Mai stattfinden. Die Fraktion ist auch damit einverstanden, daß vorher noch das sonstige sogenannte Notprogramm des jetzigen Kabinetts: Liquidationsschädenschlußgesetz, Kleinrentnerfürsorge, Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Landwirtschaft, Strafüberleitungsgesetz erledigt wird.**

Die dieses Notprogramm bildenden Vorlagen sind ohne Hinzuziehung der Fraktion von dem jetzigen Kabinett, also von den Vertrauensmännern der bisherigen Regierungsparteien, ausgearbeitet und der Fraktion vorläufig nur in Umrissen mitgeteilt worden. Eine Stellungnahme zu diesen Vorlagen und eine Entscheidung über etwa erforderliche Verbesserungsanträge ist für die Fraktion erst möglich, wenn der Wortlaut der Vorlagen bekannt ist und eine Einigung der Regierungsparteien darüber vollzogen ist.

Inzwischen bemühen sich die Deutschnationalen und das Zentrum, die Restpunkte zu bereinigen, die bezüglich des Notprogramms noch bestehen. In der ersten Mittagsstunde verlautet, daß die Aussichten auf eine solche Einigung günstig seien. Es dürfte nunmehr endgültig zu erwarten sein, daß die Entscheidung unmittelbar bevorsteht. Inzwischen hat der Reichspräsident wieder eingegriffen und es ist zu hoffen, daß auch dadurch die schon so lange erwartete Entscheidung über das Notprogramm beschleunigt wird. Um 3 Uhr werden die Parteiführer sämtlicher Parteien des Deutschen Reichstages zu einer Parteiführerbesprechung zusammentreten, um dann die Entscheidung zu fällen. Man rechnet mit längeren Beratungen, die wiederum bis in den Abend hineingehen könnten.

Schiedsspruch im Metallarbeiterkonflikt.

Berlin, 18. Februar. **Die zur Beilegung des mitteldeutschen Metallarbeiterkonflikts eingesetzte Schlichtungskammer fällte heute gegen ½2 Uhr unter Vorsitz des Schlichters, Ministerialrats Dr. Hanschild, einen Schiedsspruch, der vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit eine Lohnerhöhung von 5 Pfennigen pro Stunde vorsieht, und zwar für alle drei mitteldeutschen Tarifgebiete. Für Anhalt soll eine besondere Regelung wegen der Sicherung der Leistungszulage getroffen werden. Der Streik bzw. die Aussperrung soll nicht als Arbeitsunterbrechung angesehen und außerdem dürfen keine Maßregelungen der am Streik beteiligten Metallarbeiter vorgenommen werden.**

Zu diesem Schiedsspruch, der gegenüber dem am 12. Jan. ergangenen Spruch des Magdeburger Schlichters eine Erhöhung der Löhne um weitere zwei Pfennige vorsieht, müssen sich die Parteien bis Montag, den 20. Februar, 12 Uhr mittags, erklärt haben. Die mitteldeutschen Metallarbeiter haben bereits zu Montag vormittag eine erweiterte Konferenz der Funktionäre aus den Streik- und Aussperrungsgebieten nach Halle einberufen, um zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Auch die mitteldeutschen Metallindustriellen treten am Montagvormittag zusammen, um ihre Erklärung abzugeben. Der Schiedsspruch kann unter Umständen vom Reichsarbeitsminister innerhalb 24 Stunden für verbindlich erklärt werden. (W. T. B.)

Der Reichstag arbeitsunfähig.

Vertagung auf nachmittags 4 Uhr.

Berlin, 18. Febr. Die für heute 1 Uhr nachmittags vorgesehene Reichstagssitzung eröffnete **Präsident Löbe** mit der Mitteilung, daß die gestern in Aussicht genommene etwaige Veränderung der Tagesordnung durch Beratung des Notetats bis jetzt noch nicht eintreten könne. Auf der Tagesordnung steht nur der Haushalt für Versorgungs- und Ruhegehälter. **Abg. Dittmann** (Soz.) hält es für unangemessen, daß bei der jetzigen politischen Lage mit der Beratung des Haushaltplanes fortgefahren wird. Der Reichstag könne nicht so tun, als ob die Dinge, die die ganze politische Oeffentlichkeit bewegen, ihn nichts angehen. (Zustimmung.) Der Redner schlägt vor, die Vollsitzung auszusetzen und bis zum Nachmittag zu vertagen. **Präsident Löbe** wies darauf hin, daß in der Nachmittagssitzung dann auch das Ueberleitungsgesetz in erster und zweiter Lesung erledigt werden könne. Als die Kommunisten lärmend Einspruch erheben, erwidert er: Ich denke, Sie wollen den Reichstag seinem Ende zuführen. Sie können durch Ihren Widerspruch die Sache wohl einige Tage verzögern, aber nicht hindern. Das Haus ist mit der Vertagung der Sitzung einverstanden. Bei der Festsetzung der Stunde erklärte Präsident Löbe unter allgemeiner Heiterkeit: Ich habe die Erfahrung gewonnen, daß die Verhandlungen immer längern dauern, als man annimmt. Schließlich wird beschlossen, die Sitzung auf 4 Uhr nachmittags zu vertagen.

Der neue Reichstagswahlzettel.

Mit freiem Raum für neue Parteien!

Berlin, 18. Febr. Der neue Wahlzettel ist zwischen den großen Parteien des Reichstages und dem Reichsinnenministerium vereinbart worden. Das Wahlgesetz ist dahin zu ändern, daß auf den neuen Wahlzettel nur die bisher im Reichstag vertretenen Parteien kommen, daß aber für diejenigen Wähler, die eine andere Partei wählen wollen, ein freier Raum mit Einzeichnungskreis auf jedem Wahlzettel vorbehalten bleibt. Diese Wahlgesetzänderung kann natürlich nur noch zustande kommen, wenn der Reichstag noch fünf bis sechs Wochen zusammenbleibt und das Notprogramm erledigt.

Die Krise im Reiche.

Die Hamburger Wahl als Vorspiel zu den Reichstagswahlen.

Das Parteitreiben ist einfach gräßlich. Was man zum mindesten als Ergebnis einer gewissen Selbstbesinnung und Ernüchterung nach dem Verfliegen des ersten Krisenrausches hätte erwarten müssen, wäre eine rasche Einigung auf das Notprogramm gewesen, ohne Winkelzüge und Vorbehalte irgendwelcher Art. Doch nicht einmal zu einer so bescheidenen Dosis von Selbstentsagung und Rücksicht auf das Gemeinwohl haben die Parteien sich aufzuschwingen vermocht. Das Kabinett hat ohne weiteres die von der Gesamtlage dringlichst erforderte schnelle Entschlußfähigkeit betätigt, die Parteien dagegen konnten sich aus der Haut ihrer Eigensucht nicht so fix herausschälen und machten unbegründete Schwierigkeiten. Die Demokraten verlangten etwas Schriftliches; sie wollten etwas schwarz auf weiß beschleinigt haben, um es getrost nach Hause tragen und ihrer Fraktion vorlegen zu können, und die Sozialdemokraten klammerten sich an den Vorbehalt, daß die Neuwahlen spätestens am 13. Mai stattfinden müßten. Das Widerstreben der Opposition gründete sich vor allem darauf, daß die Deutschnationalen für die Durchführung des Notprogramms von allen Koalitionsparteien bedingungsloses Einstehen für jeden einzelnen Teil der Abmachungen forderten, so daß volle Garantie gegen neue unerwartete Störungen gegeben wäre. Dieses deutschnationale Verlangen entspricht durchaus der politischen Vernunft und Notwendigkeit; es ist geradezu die Vorbedingung für die Klärung der Lage und für den Erfolg der Beratungen. Die Opposition aber sah scheel dazu, weil ihr die erneute Festigung der Koalition, die auf solche Weise, wenn auch nur vorübergehend, erzielt würde, Beschwerden machte. Demokraten und Sozialisten fühlten offenbar Alpdrücken bei der Vorstellung, daß die neuzuschaffende Bindung in der Koalition weitere Folgen haben und vielleicht das Hinausschieben der Neuwahlen bis zum Herbst bewirken könnte. Die Linke ist aber auf baldige Neuwahlen derartig versessen, daß sie für nichts anderes mehr Sinn hat.

Während so das Hangen und Bangen in schwebender Pein um das, was die nächsten Tage bringen werden, seinen Fortgang nimmt, wird sich am morgigen Sonntage in Hamburg ein Wahlakt vollziehen, der als Auftakt zu den kommenden Reichstagswahlen von großer Bedeutung ist. Von den einzelstaatlichen Neuwahlen, die auf Grund des vielerörterten Erkenntnisses des Staatsgerichtshofes über die Unzulässigkeit von Maßnahmen gegen die Splitterparteien notwendig geworden sind, bieten die Hamburger Wahlen besonderes allgemeines Interesse, weil es sich dort darum handelt, ob die ungewöhnlich hohe linksradikale Welle, die am 9. Oktober 1927 über die alte Hansestadt dahinflutete, diesmal zurückgedämmt werden wird. Dieses Moment des Hamburger Wahlaktes ist gerade jetzt um so bedeutsamer, als durch die Krise im Reiche die Reichstagsneuwahlen in greifbare Nähe gerückt worden sind. Das Oktober-Ergebnis bestand darin, daß die Sozialisten und Kommunisten zusammen eine beträchtliche Mehrheit gegenüber den bürgerlichen Parteien errangen, die Sozialisten mit 250 000 und die Kommunisten mit 110 000 Stimmen. Das war für das Bürgertum ein Menetekel, das mit einer an Deutlichkeit und Eindringlichkeit nicht zu überbietenden Sprache zur Einigkeit mahnte. In unserer schnellebigen Zeit rollen aber Ereignisse so rasch dahin, daß ihre Spuren sich allzu leicht wieder verwischen, und so sind auch die Hamburger Oktoberwahlen dem Gedächtnis der Allgemeinheit viel zu flüchtig eingeprägt worden. Erst jetzt wendet sich die öffentliche Aufmerksamkeit wieder dem Hamburger Stadtstaate zu, in Erwartung des Ausganges, den das erneute Ringen zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie in der Hochburg des deutschen Seeverkehrs nehmen wird.

Die Hamburger Verfassung sieht einen Senat und eine Bürgerschaft vor. Der von der Bürgerschaft gewählte Senat regiert und die 160 Mitglieder zählende, aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Bürgerschaft ist das Parlament. Der Senat bestand früher aus 15 Mitgliedern, die aber nach dem 9. Oktober durch ein Uebereinkommen zwischen Sozialisten und Bürgerlichen auf ein Dutzend ermäßigt wurden; sechs davon erhielten die Sozialdemokraten, je drei die Demokraten und die Deutsche Volkspartei. Zu dieser Regelung bequemten sich die Sozialisten aber erst, nachdem sie den vergeblichen Versuch gemacht hatten, eine rein sozialistische Regierung unter Zuziehung der Kommunisten zu bilden, die von den

SLUB
Wir führen Wissen.